



HESSISCHER LANDTAG

10.11.2006

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2007**

Drucksache 16/6011

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81

Polizeibehörden

Zu Titel 422 61

Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten auf Widerruf - Laufende
Zahlungen -

1. Der Ansatz von 15.787.000 EUR wird
um 16.304.000 EUR auf 32.091.000
EUR erhöht.

Begründung:

Um das Anwärterdefizit bei der Polizei
annähernd auszugleichen, wird der
Stellenplan bei den Beamten auf Wider-
ruf im Vorbereitungsdienst um 250
Stellen der Bes.Gr. A 9 g.D. (Kennung
405) erhöht.

Stellenplan

2. Die KW-Vermerke für 40 Stellen bei den
Beamten auf Widerruf im Vorbereitungs-
dienst (Bes.Gr. A 9 g.D./Polizei/
kommissaranwärter/innen) werden
gestrichen.

Wiesbaden, 6. November 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Jürgen Walter